

DEMOKRATIE WERKSTATT



Lehlingsparlament

Mitmachen • Mitbestimmen • Mitgestalten! Sonderausgabe

Donnerstag, 5. März 2015

PREMIERE FÜR DAS



LEHRLINGSPARLAMENT

Zwei Tage Politik hautnah erleben! Am 4. und 5. März 2015 fand unter diesem Motto das erste Lehlingsparlament statt. 96 Lehrlinge aus 10 Betrieben aus dem gesamten Bundesgebiet fanden sich an diesen beiden Tagen im Parlament in Wien ein. Thema dieser Veranstaltung war die gemeinsame Erarbeitung eines Gesetzes. Dazu gehörten auch 2 Ausschusssitzungen mit anschließender Debatte, um auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen. Ziel der Veranstaltung war es, möglichst viele junge Menschen für Politik zu begeistern. Nationalratspräsidentin Doris Bures nutzte die Möglichkeit, um Einblicke in die Vorstellungen der zahlreich angereisten Jugendlichen zu bekommen. Weiters waren Cornelia Ecker (SPÖ), Asdin El Habbassi (ÖVP), Petra Steger (FPÖ), Julian Schmid (Grüne), Rouven Ertlschweiger (Team Stronach) und Josef Schellhorn (NEOS) anwesend, um den vielleicht künftigen JungpolitikerInnen unter die Arme zu greifen. Ein besonderes Erlebnis war der Schluss im Plenarsaal, denn dort wurde der Gesetzesantrag abgestimmt.

Walter und Mario



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

BLICK HINTER DIE KULISSEN

Am 4. März 2015 kamen Lehrlinge aus verschiedenen Betrieben aus ganz Österreich zum 1. Lehrlingsparlament zusammen. Nach dem Eintreffen im Besucherzentrum und den Sicherheitschecks wurden alle Lehrlinge in die Säulenhalle geführt. Es begann mit einem kleinen Fotoshooting mit den Lehrlingen der einzelnen Betriebe und einem Bild aller Lehrlinge mit der Nationalratspräsidentin. Danach begaben wir uns in den Sitzungssaal des Nationalrates. Dort wurde der Tagesablauf erklärt. Anschließend wurden unter den TeilnehmerInnen verschiedenen Kärtchen mit Themengebieten ver-

teilt. Daraus folgte das Zusammenfinden zu den einzelnen Klubs, wo sich die Klubmitglieder untereinander vorstellten. Danach fand eine ausführliche Besichtigung der historischen Räume im Parlament statt, zu denen wir Informationen rund ums Parlament bekamen. Um uns zu stärken, gab es eine kleine Mittagspause. Satt machten wir uns auf den Weg in das Palais Epstein, dort überlegten wir uns Fragen, die wir den Experten aus Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer stellten. Aus unserer Sicht und der befragten Lehrlinge: ein Auftakt nach Maß.

David und Philipp



AUS DER PARLAMENTS KORRESPONDENZ

Bericht der Parlamentskorrespondenz zum ersten Tag des Lehrlingsparlaments

Doris Bures: Demokratie braucht junge Menschen, die mitentscheiden

Nationalratspräsidentin heißt Lehrlingsparlament-MandatarInnen aus ganz Österreich im Parlament willkommen

Wien (PK) – Zur Eröffnung des ersten Lehrlingsparlaments vom 4. bis 5. März wünschte die Präsidentin des Nationalrats Doris Bures heute allen TeilnehmerInnen viel Erfolg und Freude bei der Arbeit als ParlamentarierInnen. "Bekommen Sie Lust auf Politik!", sagte die Präsidentin zu den knapp 100 Lehrlingen, die im Sitzungssaal des Nationalrats versammelt waren. Demokratie lebe von jungen Menschen, die mitgestalten wollen. In den kommenden zwei Tagen biete das Parlament daher den Lehrlingen erstmals die Gelegenheit, die Abläufe der Gesetzgebung aktiv kennenzulernen, „echten“ Abgeordneten harte Fragen zu stellen und sich eine eigene Meinung über die Politik zu bilden, so Bures.

Die Lehrlinge, die heute und morgen hinter die Kulissen des Hohen Hauses blicken, bestreiten ihren Alltag in Werkstätten, Büros und Supermärkten oder auf Baustellen, wo sie für verschiedenste Berufe ausgebildet werden. Ihre Arbeitgeber sind A1, dm, Kapsch, ÖBB, REWE, Siemens, Spar, STRABAG, voestalpine und Wiener Linien. Voll Elan machten sich die JungparlamentarierInnen nach der Begrüßung durch die Nationalratspräsidentin auf zur ersten Station ihrer Parlamentstage, der Klubbildung. Bei einem anschließenden Experten-Hearing diskutierten sie mit Günther Zauner von der Arbeiterkammer und Dr. Peter Zeitler von der Wirtschaftskammer darüber, in welchen Punkten die Lehrlingsausbildung reformiert gehört.

Morgen werden die Abgeordneten des Lehrlingsparlaments in Fraktions- und Ausschusssitzungen über eine Novelle zum Berufsausbildungsgesetz verhandeln, um die Lehrlingsausbildung den modernen Anforderungen anzupassen. Die abschließende Plenarsitzung wird zeigen, ob sich die MandatarInnen auf einen Gesetzesbeschluss einigen können. (Schluss)

ALLER ANFANG IST SCHWER

Die österreichische Bundesratspräsidentin Sonja Zwanzl eröffnete mit Elan und Freude das Plenum des Lehrlingsparlaments 2015. Für Lehrlinge ist dies eine Premiere, zwei Tage lang den Alltag von PolitikerInnen zu sehen und zu leben. Es durften 96 Lehrlinge aus unterschiedlichen Betrieben aus ganz Österreich an dieser Veranstaltung teilnehmen. Wichtig dabei ist, einen Einblick in das politische Geschehen zu erlangen. Wir Lehrlinge wollen in dieses Projekt unsere Professionalität, die wir auch in der Wirtschaft an den Tag legen, auch in das Lehrlingsparlament investieren, denn es werden junge Menschen in der Politik gebraucht.

Heute wird im Parlament an einem Gesetzesantrag gearbeitet. Mit Hilfe von Experten wurden am gestrigen Tag Vorschläge und Ideen gesammelt, welche heute bekannt gegeben wurden. Wie entstehen neue Gesetze? Auch das wurde uns von Spezialisten genauestens erklärt. In der 1. Klubsitzung wurde der Antrag studiert, während im Ausschuss argumentiert wurde und die Klubs ihre eigene Meinung äußerten. Die Frage, die die Klubs sich stellen werden, ist, mit welchem anderen Klub sie weiter zusammen arbeiten können, um letztendlich eine gelungene Lösung zu finden.

Julia, Walter, Mario und Verena





AUS DER PARLAMENTS KORRESPONDENZ

Bericht der Parlamentskorrespondenz zum Auftakt des Lehrlingsparlaments

Bundesratspräsidentin Zwagl: Politik heißt Gestalten

Startschuss zum Sitzungstag im Lehrlingsparlament

Wien (PK) – Sie freue sich, heute Österreichs zukünftige Fachkräfte im Zentrum der Demokratie zu begrüßen. Mit diesen Worten gab heute früh Bundesratspräsidentin Sonja Zwagl den Startschuss für den zweiten Tag des Lehrlingsparlaments. Die Initiative diene dazu, jungen Leuten die Abläufe der Gesetzgebung näherzubringen und dabei die Herausforderungen bei der Kompromissfindung über ein Thema klarzumachen. „Politik heißt Gestalten“, so rief Zwagl die TeilnehmerInnen auf, sich zukünftig auch politisch zu engagieren und mitzugestalten. Denn Gesetze bilden den Rahmen für Gesellschaft und Wirtschaft. Da Lehrlinge wiederum ein Garant für die wirtschaftliche Zukunft des Landes seien, sehe sie deren Mitwirken als überaus wichtig an, betonte die Präsidentin der Länderkammer.

Verhandelt wird im Lehrlingsparlament heute der Vorschlag für ein "Ausbildungskodex-Gesetz", in dem für Lehrbetriebe ein verbindlicher Leitfaden zur Lehrlingsausbildung vorgesehen ist.

Bereits gestern hatten sich die TeilnehmerInnen in fünf verschiedenen Klubs zusammengefunden. Heute gilt es, in den Klubs eine klare Position zur Gesetzesvorlage zu beziehen und diese in den Ausschusssitzungen den anderen Fraktionen gegenüber zu vertreten. Dazu wurden in jedem Klub eigene AusschusssprecherInnen gewählt. Einige TeilnehmerInnen berichten außerdem als Medienteam in Zeitungsartikeln und Videobeiträgen über das Lehrlingsparlament.

Zum Abschluss des Sitzungstags ist um 15.00 Uhr eine Plenardebatte im Nationalratssitzungssaal anberaumt. Ob die Jung-MandatarInnen dabei ausreichend Konsens für einen Gesetzesbeschluss finden, bleibt abzuwarten. (Schluss)

AUSSEHEN ODER LEISTUNG?



Darf Körperschmuck die Jobchancen vermindern? Mit dieser Frage beschäftigt sich Klub Gelb. Auch innerhalb dieses Klubs werden verschiedene Meinungen vertreten. Ein Teil ist der Ansicht, dass die Leistung im Vordergrund stehen sollte, doch einige

Abgeordnete sagen, dass „Körperschmuck“ nicht in jedem Beruf geeignet ist. Die Diskussionen sind im Gange, doch die Abgeordneten werden mit Sicherheit eine Einigung finden.

Christina und Lorena

KLUB GRAU - GLEICHE RECHTE FÜR ALLE!



Unter dem Motto „Gleiches Recht für Lehrlinge“ beschäftigt sich Klub Grau intensiv mit der Verwirklichung eines einheitlichen Kollektivvertrages. Sie sind der Meinung, dass es keine Rolle spielen soll,

ob eine Firma bei der Gewerkschaft vertreten ist. Obwohl die Klubmitglieder unterschiedliche Meinungen vertreten, verfolgen Sie ein gemeinsames Ziel.

Christina und Lorena

RECHT AUF FEEDBACK!



Die Mitglieder des Klubs Türkis sind sich einig, dass jeder Lehrling ein Recht auf Feedback von der Firma hat. Unterschiedliche Ansichten gibt es über die Zeitspanne zwischen den Feedbackgesprächen. Sie

finden eine gute Kommunikation zwischen Lehrling und AusbilderInnen sehr wichtig. Zur Zeit diskutieren sie über die Gesetzesvorlage und nehmen noch Änderungen vor.

Christina und Lorena

KLUB VIOLETT



15 Mitglieder, unter anderem Nationalratsabgeordneter Asdin El Habbassi (ÖVP) und Klubbegleiter Manuel Spiegel, befanden sich im Raum vom Klub Violett, ebenso eine Dolmetscherin, die einen gehörlosen Lehrling der Firma Siemens tatkräftig unterstützte. Als wir eintrafen, fand eine heftige Diskussion über die Beziehung zwischen Lehrbe-

rechtigten und Lehrling statt, weil diese sich nicht immer an einen vorgegebenen Leitfaden halten. Da sie bisher keine gemeinsame Meinung gefunden hatten, gab es Differenzen zwischen den Mitgliedern des Klubs.

Carina und Anja

KLUB WEISS



Im Klub Weiß befinden sich 18 Mitglieder, unter anderem auch Rouven Ertlschweiger, Nationalratsabgeordneter vom Team Stronach, und Klubbegleiterin Eva Hösch, die den Lehrlingen hilft, das Thema richtig zu bearbeiten. In diesem Klub konnten wir erleben, wie eine Abstimmung über verschiedene Förderungen abläuft. Hierbei ging es darum, dass Firmen ihren Lehrlingen Internatsposten zur Verfügung stellen und diese auch zahlen. „Lehre mit

Matura“ sowie Vorbereitungskurse für die Lehrabschlussprüfungen sollen gefördert werden. Ein weiteres Thema der Abstimmung war, dass die Probezeit der Lehrlinge verkürzt werden sollte. In mancher Hinsicht gingen die Meinungen der Mitglieder auseinander, jedoch fanden sie immer einen Weg, um zu einem einstimmigen Beschluss zu kommen.

Carina und Anja



DER ERSTE AUSSCHUSS

Beim ersten Ausschuss waren alle fünf Klubs (Weiß, Grau, Violett, Gelb und Türkis) vertreten. Der weiße Klub waren der Meinung, dass die Firmen die Kosten des Internats übernehmen sollen. Ebenso wollen sie ein monatliches Meeting, bei dem sich alle Lehrlinge treffen. Klub violett möchte Förderungen für Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Der gelbe Klub setzt sich dafür ein, dass der Kontakt zwischen Lehrberechtigten und Lehrlingen besser werden soll. Die Abgeordneten des grauen Klubs sind derselben Meinung wie jene von Klub weiß und wollen außerdem, dass die Lehrlinge halb-

jährlich ein Feedback von ihren Lehrberechtigten bekommen. Ansonsten sind sie zufrieden mit dem derzeitigen Leitfaden, jedoch fehlt für sie die Akzeptanz für die Rechte der Lehrlinge im Unternehmen. Türkis möchte, dass der Respekt in den Betrieben gegenüber den Lehrlingen größer ist. Man merkt, dass die Interessen der Klubs ähnlich sind, doch gibt es kleine Differenzen. Bei diesem ersten Ausschuss hat man gemerkt, dass Lehrlinge jederzeit bereit sind, die derzeitigen Gesetze zu ändern und zu verbessern.

Adrijana



DIE ERSTE AUSSCHUSSSITZUNG

Die erste Ausschusssitzung wurde eröffnet von Dr. Christoph Konrath - Berater im Lehrlingsparlament - und Mag. Martin Peyerl. Wir hatten eine Einführung in das offizielle Programm, welches Ausschuss und Plenarsitzung beinhaltet. Die Vorarbeiten wurden am Vortag schon gemacht: Diskutieren über das Gesetz und Änderungen, die die Klubs gerne machen würden. In der ersten Sitzung des Ausschusses geht es darum, die Meinung jedes Klubs zu hören und sich darüber Gedanken zu machen. In der zweiten Sitzung werden dann gemeinsam Veränderungen überlegt. Im Ausschuss sitzen die VertreterInnen der fünf Klubs. Um ein Gesetz zu ändern, braucht man eine Mehrheit, das heißt, dass sich mindestens drei Klubs zusammenschließen müssen.

Die Meinung von Klub Violett: Menschen mit besonderen Bedürfnissen sollten mehr gefördert werden und ein Jugendvertrauensrat soll in Zukunft für ein besseres Verhältnis zwischen Lehrling und Lehrpersonen sorgen. Klub Weiß ist der Meinung,

dass z.B. Internatskosten von den jeweiligen Betrieben übernommen werden sollten, da Lehrlinge ohnehin nicht viel verdienen. Klub Gelb ist dafür, dass es bessere Absprachen zwischen Lehrling und Lehrperson geben sollte, um ein besseres Verhältnis zueinander aufbauen zu können. Klub Türkis meint, dass es Feedback öfter als einmal im Jahr geben sollte, und zwar aus dem Grund, damit Lehrling und Lehrbeauftragte genau wissen, auf welchem Stand die Auszubildenden stehen. Klub Grau findet: Lernziele sollen nur halbjährig gesetzt werden, da es häufig dazu kommen kann, dass ein/e Auszubildende seinen/ihrer Arbeitsplatz wechselt und dann der/die neue Auszubildende keine Ahnung hat, was alles noch zu tun ist. Die Leitfäden sollen auch Rechte und nicht nur Pflichten beinhalten. Ab fünf Lehrlingen pro Betrieb sollte es einen Jugendvertrauensrat geben, und ab 20 Lehrlingen sollte ein Psychologe hinzu gezogen werden.

Julia, Verena und Mario

AUS DER PARLAMENTS KORRESPONDENZ

Bericht der Parlamentskorrespondenz zur ersten Ausschusssitzung des Lehrlingsparlaments

Lehrlingsausbildung: Reform der Regelungen sinnvoll

Rechte und Pflichten von Lehrlingen und Lehrberechtigten im Ausschuss breit diskutiert

Wien (PK) – Sind Rechte und Pflichten in der Lehrlingsausbildung klar genug geregelt? Wo bestehen aus Sicht der Lehrlinge Mängel? Und in welchen Bereichen soll der Gesetzgeber hier allgemein gültige Bestimmungen aufstellen? Diese Fragen standen im Zentrum der ersten Ausschusssitzung des heutigen Lehrlingsparlaments zum Thema Reform der Lehrlingsausbildung.

Diskussionsgrundlage bildete eine Regierungsvorlage für ein Ausbildungskodex-Gesetz. Mit bundesweit gültigen Regelungen für die Lehrlingsausbildung im Betrieb soll das Berufsausbildungsgesetz von 1978 geändert werden. Derzeit regeln zahlreiche Betriebe in eigenen Leitfäden ihren Umgang mit Lehrlingen. Mit dem neuen Rahmengesetz will die Regierung nun die Unternehmen zur Erstellung eines solchen Leitfadens verpflichten, wobei gesetzlich festgelegt sein soll, welche Angelegenheiten jedenfalls im Leitfaden enthalten sein müssen.

Geregelt sind darin die Rechte und Pflichten von sowohl Arbeitgeber als auch Lehrling. Im Leitfaden sind demnach für Lehrlinge Ausbildungsplan, Fördermaßnahmen und Verhaltensregeln zum Schutz der Auszubildenden vorgesehen. Weiters sind im Gesetzentwurf regelmäßige vertrauliche Aussprachen zwischen Lehrberechtigten und Lehrlingen obligatorisch festgelegt. Die Verpflichtungen des Lehrlings seinem Betrieb gegenüber werden in der Regierungsvorlage ebenfalls ausgeführt: Neben der Erfüllung des Ausbildungsplans sind das unter anderem der vertrauliche Umgang mit betriebsinternen Informationen, die Einhaltung von Dienstzeiten und die Meldepflicht im Krankheitsfall. Eine Dokumentation des Lernerfolgs in der Berufsschule dem Lehrberechtigten gegenüber will die Regierung seitens der Lehrlinge ebenfalls abgesichert wissen.

Außerdem wird im Entwurf den Betrieben freigestellt, weitere Regelungen aufzustellen, solange diese nicht anderen gesetzlichen Vorgaben widersprechen.

Grundsätzlich wurde die Gesetzesvorlage von allen Fraktionen als erster Schritt zur Reform der Lehrlingsausbildung begrüßt. Allerdings kamen in der Ausschussdebatte noch zusätzliche Vorschläge zum Text des Regierungsentwurfs. Die Einführung eines Jugendvertrauensrats regten Weiß, Violett, Gelb und Grau als zielführenden Beitrag für ein harmonisches Arbeitsumfeld an. Gelb wies jedoch darauf hin, dass es für Kleinbetriebe problematisch sei, einen eigenen Jugendvertrauensrat einzurichten, woraufhin Grau sich für eine externe Institution aussprach, die auch kleine Firmen mit weniger als fünf Lehrlingen in dieser Hinsicht betreut. Zudem wäre für Unternehmen mit mindestens 20 Lehrlingen ein Betriebspsychologe von Vorteil.

Uneinigkeit herrschte unter den Fraktionen jedoch bezüglich des Zeitraumes zwischen den im Entwurf vorgesehenen vertraulichen Aussprachen. So meinte etwa Weiß, ein derartiges Gespräch wäre monatlich erforderlich, während Gelb anmerkte, halbjährliche Treffen sollten ausreichen.

Türkis schlug vor, zur Qualitätssicherung der Lehrausbildung den Lehrlingen zu ermöglichen, den Betrieben anonym Feedback zu geben. Beanstandet wurde von der türkisen Seite aber, die im Entwurf eingeforderte Vorbildwirkung des Lehrberechtigten sei nicht ausreichend definiert.

Fortsetzung

Grau und Weiß stimmten darin überein, dass die Kosten für Arbeitsmaterial und -kleidung jedenfalls Betriebskosten sein sollten und nicht als Selbstbehalt der Lehrlinge zu handhaben sei. Falls im Zusammenhang mit dem Berufsschulbesuch Internatskosten anfallen, fügte Weiß hinzu, sollten diese ebenfalls vom Betrieb abgedeckt werden.

Zum Thema Fördermaßnahmen für Lehrlinge merkte Violetta an, speziell Personen mit besonderen Bedürfnissen würden vom Betrieb gezahlte Förderungen benötigen, um sich in ihrem Arbeitsalltag besser zurechtzufinden. (Schluss)



IMPRESSUM

**Eigentümer, Herausgeber, Verleger,
Hersteller: Parlamentsdirektion
Grundlegende Blattrichtung:
Erziehung zum
Demokratiebewusstsein.
Lehrlingsparlament**



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

96 Lehrlinge der Unternehmen:

- A1
- dm
- Kapsch
- ÖBB
- Rewe
- Siemens
- Spar
- Strabag
- voestalpine
- Wiener Linien

DER ZWEITE AUSSCHUSS

In der zweiten Ausschusssitzung wurden die verschiedenen Anträge zur Änderung des Berufsausbildungsgesetzes vorgestellt. Klub Weiß beantragte mindestens zwei Wochen Vorbereitungszeit für die Lehrabschlussprüfung. Ebenso ist er für ein Feedback zur Überprüfung der Qualität der Arbeit der Lehrlinge. Gelb stellte Maßnahmen zur Förderung der Lehrlinge vor und Klub Grau vertritt die Mei-

nung, dass es in jedem Betrieb einen Jugendvertrauensrat geben sollte. Der erste Antrag von der Gelb-Grau-Violetten Koalition wurde mehrstimmig angenommen, wohingegen der Antrag der Weiß-Türkisen abgelehnt wurde. Ebenso wurde über BerichterstatterIn und SchriftführerIn für die Plenarsitzung abgestimmt.

Carina und Anja



AUS DER PARLAMENTS KORRESPONDENZ

Bericht der Parlamentskorrespondenz zur zweiten Ausschusssitzung des Lehrlingsparlaments

Lehrlingsparlament-Ausschuss: Ausbildungskodex-Gesetz auf Schiene

Lehrlingsausbildung Neu mit besseren Rahmenbedingungen für Lehrlinge

Wien (PK) – Dem Regierungsvorschlag für ein Ausbildungskodex-Gesetz zur Lehrlingsausbildung erteilte der Ausschuss des Lehrlingsparlaments mehrheitlich in der Fassung eines Gelb-Grau-Violett-Abänderungsantrags seine Zustimmung.

Zusätzlich verankert sind im Gesetzesentwurf damit Bestimmungen für einen halbjährlichen Ausbildungsplan mit klaren Lernzielen, eine zweiwöchige Vorbereitungszeit für die Lehrabschlussprüfung sowie die Erstattung von Internats- und Reisekosten. Zusätzlich sind ein verpflichtendes Feedbackgespräch zwischen Lehrbeauftragtem und Lehrling jedes halbe Jahr und Maßnahmen zur Förderung von Lehrlingen mit besonderen Bedürfnissen vorgesehen.

Weiters liegt es laut Gesetzesvorschlag zukünftig in der Verantwortung des Betriebes, die Lehrlinge über ihre Rechte und Pflichten umfassend zu informieren.

Abgelehnt wurde von der Mehrzahl der Abgeordneten ein weiterer Abänderungsantrag, in dem die Fraktionen Weiß und Türkis außerdem fordern, nur jährlich einen neuen Ausbildungsplan vorzulegen und auch Fortbildungsmaßnahmen für Ausbilder vorzusehen.

Grau unterstrich in der Ausschussdebatte, alle Fraktionen erachteten überdies die Einrichtung eines betriebsinternen Jugendvertrauensrates oder einer derartigen Institution als unumgängliche Maßnahme; eventuell wäre dies bei der Plenarsitzung als Entschließungsantrag vorzubringen. (Schluss)

AUSSCHUSSBERICHT

1 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Lehrlingsparlaments XXV. GP

Bericht

des Ausschusses des Lehrlingsparlaments

über die Gesetzesvorlage (1 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Berufsausbildungsgesetz geändert wird (Ausbildungskodex-Gesetz)

Die Bestimmungen über Pflichten der Lehrberechtigten und der Lehrlinge wurden zuletzt 1978 geändert. Die Lehrausbildung hat sich seither in vieler Hinsicht verändert. Die Anforderungen an die Ausbilderinnen und Ausbilder ebenso wie an Lehrlinge sind gestiegen. Zahlreiche Betriebe haben darauf reagiert, und Leitfäden formuliert, die den Umgang mit Lehrlingen im Betrieb und deren Pflichten in genauer und verständlicher Weise regeln. Aufgrund der guten Erfahrungen mit solchen Leitfäden, sollen diese nunmehr im Berufsausbildungsgesetz verpflichtend für alle Betriebe, die Lehrlinge ausbilden, vorgesehen werden.

Der Ausschuss des Lehrlingsparlaments hat die gegenständliche Gesetzesvorlage in seiner Sitzung am 5. März 2015 in Verhandlung genommen. Im **ersten Teil der Sitzung** präsentierten die Klubs ihre Standpunkte zum Gesetzentwurf. Gelb, Violett, Weiß und Grau sprachen sich für die Verbesserung von Aussprachen zwischen Lehrlingen und Lehrberechtigten und eine Stärkung der Jugendvertrauensräte aus. Türkis mahnte den respektvollen Umgang miteinander und die Evaluierung von Ausbildungspersonen ein. Violett befasste sich auch mit der Förderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Grau ging auch auf Rechte der Lehrlinge und die Frage der Ausbildungskosten ein. An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Alexander **Leinweber**, Michael **Horvath**, Alexander **Holzinger**, Jasmin **Zeilbauer**, Miloš **Anicic**, Thomas **Rumpler**, Isabell **Menich**, Nina **Pichler**, Sonja **Wollner** und Michaela **Bittner**.

Im **zweiten Teil der Sitzung** wurden die Abänderungsanträge der Fraktionen eingebracht. An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Michael **Horvath**, Michaela **Bittner**, Thomas **Rumpler** und Sonja **Wollner**.

Im Zuge der Debatte haben die Abgeordneten Michaela **Bittner** (Gelb), Thomas **Rumpler** (Grau) und Alexander **Leinweber** (Violett) einen Abänderungsantrag eingebracht.

Bei der Abstimmung wurde der in der Gesetzesvorlage enthaltene Gesetzentwurf unter Berücksichtigung des gerade erwähnten Abänderungsantrages mit Stimmenmehrheit (**dafür:** Gelb, Grau, Violett), **dagegen:** Weiß, Türkis) beschlossen.

Ein weiterer im Zuge der Debatte von den Abgeordneten Jasmin **Zeilbauer** (Türkis) und Michael **Horvath** (Weiß) eingebrachter Abänderungsantrag fand keine Mehrheit (**dafür:** Weiß, Türkis, **dagegen:** Gelb, Grau, Violett).

Zum Berichterstatter für den Nationalrat wurde Abgeordneter Alexander **Leinweber** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuss des Lehrlingsparlaments somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle dem **angeschlossenen Gesetzentwurf** die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 2015 03 05

Alexander Leinweber
Berichterstatter

Mag. Martin Peyerl
Obmann

EXPERTENMEINUNG

Wir hatten heute die Gelegenheit, ein Interview mit Herrn Günther Zauner zu führen. Herr Zauner ist Lehrlingsexperte der Arbeiterkammer in Wien. Auf die Frage, worum es heute im Lehrlingsparlament geht, sagte er: „Es geht darum, Richtlinien zu erarbeiten, Gesetze zu ergänzen und einen einheitlichen Leitfaden für alle Lehrberufe zu gestalten.“

Herr Zauner ist der Meinung, dass heute in den Klubs die Inhalte der Leitfäden genau diskutiert werden, damit sie sinnvoll und in jedem Betrieb einsetzbar sind.

Die heutige Rolle der Lehrlingsexperten liegt darin, uns alle mit Daten und Fakten zu informieren.

Julia



Günther Zauner



Dr. Peter Zeitler

UNSERE UNTERSTÜTZER_INNEN - DIE ABGEORDNETEN



Cornelia Ecker (SPÖ)



Asdin El Habbassi, BA (ÖVP)



Petra Steger (FPÖ)



Julian Schmid, BA (Grüne)



Rouven Ertlschweiger, MSc
(Team Stronach)



Josef Schellhorn (NEOS)

SICHTWECHSEL

Lehrlinge und Nationalratsabgeordnete sehen heute alles aus einem anderen Blickwinkel. Die Lehrlinge versuchen in Ausschüssen, wie sonst die Abgeordneten, ihre Meinung zu vertreten. Jedem Klub der Lehrlinge steht eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter zur Verfügung, die die Lehrlinge dabei unterstützen, die Meinung des eigenen Klubs gegen die der anderen Klubs durchzusetzen. Es wird darauf hingearbeitet, dass jeder Klub seine Änderungs-

vorschläge durchbringt. Daher kann es auch dazu kommen, dass zwar viele dafür, aber auch viele dagegen sind. Die Abgeordneten unterstützen die Lehrlinge mit Tipps, damit sie zu einer Mehrheit kommen. Vor allem wird dann in den Ausschusssitzungen heftig diskutiert. Am Ende des Tages sieht man dann, wer sich durchsetzen konnte und wer nicht.

David und Philipp



HEFTIGE DISKUSSION IN DER PRESSESTUNDE!

Nach der Vorstellung der Standpunkte begann das Gespräch zögerlich. Die Koalitionsbildungen wurden bekannt gegeben: Gelb-Grau-Violett sowie Türkis-Weiß.

Konkret sind sich die Koalitionspartner Gelb, Grau

und Violett nur im Punkt Feedback einig. Die Opposition hingegen fordert mehr branchenspezifische Definitionen. Zwischen Koalition und Opposition wurde keine Einigung erzielt.

Walter, Christina und Lorena



DAS PRESSEGESPRÄCH





AUS DER PARLAMENTS KORRESPONDENZ

Bericht der Parlamentskorrespondenz zum Plenum des Lehrlingsparlaments.

Lehrlingsparlament für Reform der Berufsausbildung

Ausbildungskodex-Gesetz findet mehrheitlich Zustimmung im Plenum

Wien (PK) – Das Ausbildungskodex-Gesetz zur Reform der Lehrlingsausbildung erhielt heute breite Zustimmung bei der Plenarsitzung des Lehrlingsparlaments. Nachdem im Ausschuss der Gesetzesvorschlag auf Antrag der Fraktionen Grau, Violett und Gelb noch abgeändert worden ist, umfassen die neuen Bestimmungen nun auch Fördermaßnahmen für Lehrlinge mit besonderen Bedürfnissen, zwei Wochen Zeit zur Vorbereitung auf die Abschlussprüfung, vertrauliche Aussprachen über Ausbildungs- und Arbeitsplatzfragen jedes halbe Jahr sowie die betriebliche Übernahme von Internats- und Reisekosten in Zusammenhang mit dem Berufsschulbesuch. Mit der Novelle des Berufsausbildungsgesetzes sind alle Lehrbetriebe verpflichtet, in einem Leitfaden klar über die Regelungen zur Lehrausbildung zu informieren.

Zahlreiche zusätzliche Forderungen machten die MandatarInnen des Lehrlingsparlaments in Entschließungsanträgen geltend, von denen der Großteil mit Mehrheit angenommen wurde.

Lehrlingsausbildung modernen Anforderungen anpassen

Abgeordneter Stefan Stern (Türkis) meinte ebenso wie sein Fraktionskollege Jakob Braunsteiner, unfraglich sei die Ausbildung von Lehrlingen noch besser zu gestalten. Ob dies mit der vorliegenden Berufsausbildungs-Novelle möglich ist, hinterfragten allerdings beide. Sie stießen sich vor allem daran, dass weiterhin keine ausreichende Kontrolle der Lehrbeauftragten vorgesehen sei. Braunsteiner regte überdies an, in anonymen Feedbackschleifen zu überprüfen, ob der Ausbilder bzw. die Ausbilderin tatsächlich seiner oder ihrer gesetzlich vorgesehenen Vorbildfunktion gerecht wird. Weiß-Mandatar Christian Hofmanning sprach überhaupt von einer "Mogelpackung", die als neues Ausbildungsgesetz bestehende Regelungen kaum verändere; so werde Lehre mit Matura weiterhin nicht als Teil der Arbeitszeit berücksichtigt und auch die betriebliche Übernahme von Internatskosten jener Lehrlinge, die keine Berufsschule in ihrem Wohnort haben, fehle. Martin Degenbeck (Weiß) verlangte nach entsprechender Kontrolle, sodass Lehrlinge ihre Erstausrüstung für die Arbeit nicht auf eigene Kosten erwerben müssen.

Für die Vorbereitung auf ihre Abschlussprüfung benötigten die Lehrlinge zudem mindestens zwei Lernwochen garantiert, stimmte Hofmanning mit Joachim Wagner (Weiß) überein. Der Gesetzgeber müsse den Zeitraum zur reinen Prüfungsvorbereitung klar festlegen, damit der Erfolg bei dieser entscheidenden Station im beruflichen Werdegang nicht davon abhängt, inwieweit ein Betrieb aus Kulanzgründen Lernzeit zur Verfügung stellt, so Wagner.

Beim Punkt Kostenübernahme widersprach Miloš Anicic (Grau) vehement seinen Vorrednern: Mit den Änderungen des Gesetzestextes im Ausschuss habe man sehr wohl die Erstattung der Internats- und Reisekosten in die Novelle inkludiert. Gelb-Abgeordnete Michaela Bittner fügte hinzu, das Ausbildungskodex-Gesetz beinhalte eindeutig zwei Wochen Vorbereitungszeit auf die Lehrabschlussprüfung. Letztendlich stelle der Bildungsaspekt einen bedeutenden Faktor in der Novelle dar, unterstrich Dalibor Peric (Grau), daher werde unter anderem der Ausbildungsplan künftig jedes halbe Jahr mit aktualisierten Lernzielen vorgeschrieben.

Fortsetzung

Weiters erhalte ein Lehrling nunmehr halbjährlich Feedback über die erbrachten Leistungen, wodurch nicht nur die Evaluierung des Ausbildungserfolgs erleichtert werde, generell ließen sich Probleme im regelmäßigen Gespräch eher vermeiden. Die Grau-Abgeordneten Lukas Hanzl, Sara Sonnberger und Tamara Patkolo waren ebenfalls überzeugt, das Ausbildungskodex-Gesetz reformiere die Lehrlingsausbildung in wichtigen Bereichen. Hanzl nannte als Beispiel das verpflichtende Feedback als effektives Mittel, falsche Umgangsformen im Betrieb zu unterbinden. Sonnberger lobte speziell die Förderung von Lehrlingen mit besonderen Bedürfnissen und Patkolo wertete positiv, dass Kosten für Arbeitsmaterialien oder Internat nicht länger von den Lehrlingen getragen werden müssen – dies sei auch ganz im Sinne der Wirtschaft, die ja gut ausgebildete Fachkräfte brauche. Maximilian Dietrich (Türkis) merkte dazu jedoch an, viele Betriebe könnten sich nicht leisten, alle Ausgaben eines Berufsschulbesuchs abzudecken und rief die Lehrlinge zur Sparsamkeit auf, um ihre Ausbildung auch finanziell zu bewältigen.

Insgesamt bilde die Gesetzesnovelle einen wichtigen Schritt zur Verbesserung der Lehrlingsausbildung, zumal im Berufsausbildungsgesetz seit 1978 keine Änderung mehr erfolgt sei, konstatierte Natascha Berger (Gelb). Für Violett begrüßten Alexander Leinweber und Maximilian Rainer die Neuerungen in der Lehrlingsausbildung, wobei Rainer resümierte, seine Fraktion habe gemeinsam mit Gelb und Grau mit den im Ausschuss durchgesetzten Änderungen an der Regierungsvorlage die bestmögliche Lösung gefunden.

Gutes Gesprächsklima wichtig für Ausbildungserfolg

Konsens bestand im Plenum, eine gute Feedbackkultur trage viel zu einer erfolgreichen Lehrlingsausbildung bei. Wie häufig die Gespräche zwischen LehrausbildnerIn und Lehrling erfolgen sollten und in welcher Form, darüber gingen die Meinungen auseinander.

Während Armin Djedović (Gelb) feststellte, mit der Novelle würden vermehrt Feedbackgespräche angestoßen, was eine erhöhte Arbeitsmotivation bewirke, sagte Michael Horvath (Weiß), man hätte im Gesetz ein monatliches Feedback verlangen müssen, um einen konstanten Informationsfluss über die Leistungsziele zu gewährleisten. Zur Qualitätssicherung der Lehrausbildung wäre außerdem ein schriftliches Feedback zielführend, meinte Türkis-Abgeordnete Jasmin Zeilbauer. Ihr Klubkollege Ramon Yazid vertrat den Standpunkt, dass, um den Lehrlingen klarzumachen, wo noch Aufholbedarf in ihren Leistungen besteht, müsse die Dokumentation zu ihrem Ausbildungsplan für sie zur Einsicht vorgewiesen werden, also transparent sein. Seitens Türkis kritisierte Jakob Spieß überdies, zu wenig Beachtung in der Novelle finde die fachliche und soziale Kompetenz der Lehrbeauftragten.

Horvaths Vorwurf, ein kontinuierliches Feedback sei mit dem Ausbildungskodex-Gesetz nicht gesichert, wies Natascha Berger von Gelb dezidiert zurück. Der gesetzliche Zeitrahmen für den Austausch zwischen AusbilderInnen und Auszubildenden stelle lediglich einen Mindestvorschlag dar, der individuell anzupassen sei, vermerkte sie.

Violett-Abgeordnete Sophia Meisel erhoffte sich mit der Novelle eine erhöhte Erfolgsquote bei der Lehrabschlussprüfung, da zwei Wochen Lernzeit abseits der Arbeitsbelastung gesetzlich festgelegt sind. Es ergebe sich dadurch für alle Lehrlinge die Möglichkeit zu einem positiven Abschluss, zog Alexander Holziger (Gelb) nach. Das sei nicht zuletzt zum Nutzen der Republik, folgerte Miloš Anicic (Grau), denn "Lehrlinge bilden das Beet, aus dem die wirtschaftliche Zukunft Österreichs sprießen kann". In den Augen von David Banković (Grau) zeigte das Verhandlungsergebnis des Sitzungstages, "Politik bedeutet Zukunft gestalten". Namens der Grau-Fraktion mahnte wiederum Thomas Rumpler, es sei für eine Lehrlings-Interessenvertretung in jedem Betrieb Sorge zu tragen, konkret in Form eines Jugendvertrauensrats; immerhin wisse derzeit ein Drittel der Lehrlinge gar nicht, ob ihr Unternehmen über eine derartige Anlaufstelle verfügt.

Fortsetzung**Forderungen von Berufsschul-Modernisierung bis Recht auf Betriebsratswahl**

Für Türkis brachte Abgeordnete Vanessa Hinczica den ersten von insgesamt acht Entschließungsanträgen der heutigen Sitzung ein. Gefordert werden darin mehr Mittel zur Modernisierung von Berufsschulen, um Mängel bei der technischen Ausstattung oder in den Sanitärbereichen zu beheben, wie Hinczica ausführte, sowie einen überdachten Bereich für RaucherInnen.

Der letzte Punkt des Forderungskatalogs rief Dalibor Peric (Grau) auf den Plan; ein Rauchverbot in Berufsschulen sei gut, betonte er, das Geld für Zigaretten solle besser sinnvoll ausgegeben werden. Ramon Yazid (Türkis) hielt dieser Sichtweise entgegen, da Rauchen eine individuelle Entscheidung sei, sollte man auch in der Schule Möglichkeiten dafür schaffen, solange keine anderen Personen dadurch geschädigt werden. Trotz dieser Differenzen nahm das Plenum den Antrag schließlich mehrheitlich an.

Weniger Zuspruch gab es für die Grau-Forderung, externe Anlaufstellen für Lehrlinge in Kleinbetrieben zu schaffen. Ivo Hufnagl (Grau) erklärte, Unternehmen mit weniger als fünf Lehrlingen könnten oft keinen Jugendvertrauensrat einrichten, weswegen Personen in Berufsausbildung dort andere Kontaktpersonen als ihre Lehrbeauftragten benötigten, um Probleme zu diskutieren. Hufnagl überzeugte jedoch nur eine Minderheit der Abgeordneten: Christian Hofmanninger (Weiß) räumte zwar ein, die Forderung klinge gut, aber durch die Gewerkschaft und andere externe Einrichtungen dieser Art bestünden bereits Anlaufstellen für Lehrlinge in Kleinbetrieben.

Ausreichend Zustimmung erhielt dagegen die Weiß-Initiative, vorgetragen von Alexander Reiter, Lehrlinge ab 16 Jahren sollten an Betriebsratswahlen teilnehmen dürfen, und die Forderung von Violett, es seien gesetzliche Rahmenbedingungen für eine betriebliche Ausbildung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen zu schaffen. Cornelia Hackl (Violett) präziserte, insbesondere sollten entsprechende Förderungsmaßnahmen in Bezug auf Lernmaterialien und Stützpersonen wie z.B. DolmetscherInnen vorgesehen werden.

Eine Mehrheit im Plenum trug auch den Türkis-Antrag von Marisa Platon mit, per Gesetz eine regelmäßige Überprüfungen der Lehrkräfte an Berufsschulen und Fortbildungsmaßnahmen für das Lehrpersonal vorzusehen, um die Qualität der Ausbildung an Berufsschulen zu erhöhen.

Das Thema Jugendvertrauensrat brachte Phillip Pak (Violett) erneut mit einem Entschließungsantrag seiner Fraktion zur Sprache. Konkret forderte Violett die Bundesregierung auf, in jedem Bundesland jeweils einen überbetrieblichen Jugendvertrauensrat einzurichten, der für Kleinbetriebe mit bis zu fünf Lehrlingen zuständig ist. Dieser Vorstoß zeigte Erfolg und wurde mehrheitlich angenommen. Abgelehnt wurde indes der von Alexandra Ebner vorgelegte Türkis-Antrag auf eine zentrale Jugendvertretungsstelle in Form einer Ombudsstelle bei der Arbeiterkammer.

Zu wenig BefürworterInnen gab es auch beim Weiß-Antrag auf Verkürzung der Probezeit für Lehrlinge auf einen Monat, obwohl Lukas Grill (Weiß) argumentierte, damit würde man Betrieben erschweren, Lehrlinge als billige Arbeitskräfte nur drei Monate lang zu beschäftigen, wie es vor allem in der Gastronomie häufig der Fall sei. (Schluss)





DER NEUE GESETZESTEXT

Bundesgesetz, mit dem das Berufsausbildungsgesetz geändert wird (Ausbildungskodex-Gesetz)

Das Lehrlingsparlament hat beschlossen:

Änderung des Berufsausbildungsgesetzes

Das Berufsausbildungsgesetz, BGBl. Nr. 142/1969, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 82/2008 wird wie folgt geändert:

1. § 9 Abs. 3 lautet:

„(3) Jeder Betrieb muss die Pflichten für den Umgang mit Lehrlingen in einem verständlichen Leitfaden regeln. Dieser hat jedenfalls folgende Bereiche zu umfassen:

1. Einen Ausbildungsplan gemäß des Berufsbilds für jedes halbe Jahr mit klaren Lernzielen und deren Dokumentation.
2. Maßnahmen zur Förderung der Lehrlinge einschließlich Fördermaßnahmen, Prämien, Lernzeiten und zwei Wochen Vorbereitungszeit für die Lehrabschlussprüfung und Regelungen für die Erstattung von Internats- und Reisekosten.
3. Regeln des respektvollen Umgangs mit Lehrlingen und den Schutz vor körperlicher und psychischer Belästigung, Misshandlung und Gewalt.
4. Verantwortung und Vorbildfunktion des Lehrberechtigten gegenüber Lehrlingen und allen anderen Personen im Betrieb.
5. Verpflichtendes halbjährliches vertrauliches Feedback zwischen Lehrberechtigten und Lehrlingen über den Stand der Ausbildung, die konkrete Situation am Arbeitsplatz, Ausbildungsziele und sonst erforderliche Maßnahmen.
6. Maßnahmen zur Förderung von Lehrlingen mit besonderen Bedürfnissen

2. § 10 Abs. 1 lautet:

„(1) Jeder Betrieb muss die Rechte und Pflichten für Lehrlinge in einem verständlichen Leitfaden regeln. Dieser hat jedenfalls folgende Regelungen zu enthalten:

1. Erfüllung des Ausbildungsplans durch den Lehrling.
2. Regeln über das Verhalten und den Umgang innerhalb des Betriebs und gegenüber KundInnen. Diese umfassen auch die ordnungsgemäße Erfüllung von eigenen Aufgaben, die Wahrung der Vertraulichkeit von betriebsinternen Informationen, den verantwortungsvollen Umgang mit Arbeitsmaterial, Dienstzeiten, Umgang mit Kleidung und Meldepflichten bei Krankheit oder sonstiger Verhinderung.
3. Dokumentation des Lernerfolges in der Berufsschule gegenüber dem Lehrberechtigten.

Donnerstag, 5. März 2015



Donnerstag, 5. März 2015



ENTSCHEIDUNGSANTRÄGE

ENTSCHEIDUNGSANTRAG

der Abgeordneten **Ivo Hufnagl** (GRAU), Kolleginnen und Kollegen
betreffend **externe Anlaufstellen in Kleinbetrieben**

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen folgenden
ENTSCHEIDUNGSANTRAG:**

Das Lehrlingsparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, durch entsprechende Regelungen dafür zu sorgen, dass für Kleinbetriebe, in denen die Einrichtung eines Jugendvertrauensrats nicht möglich ist, externe Anlaufstellen geschaffen werden.

ENTSCHEIDUNGSANTRAG

der Abgeordneten **Lukas Grill**, Aleksandar Zivkovic und Alexander Reiter (WEISS)
betreffend die **Verkürzung der Probezeit bei Lehrlingen**

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHEIDUNGSANTRAG:**

Das Lehrlingsparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die gesetzlich vorgesehene Probezeit von Lehrlingen von drei Monaten auf einen Monat zu verkürzen.

ENTSCHEIDUNGSANTRAG

der Abgeordneten **Vanessa Hinczica**, Jakob Braunsteiner, Stefan Stern (TÜRKIS)
betreffend **finanzielle Mittel für die Berufsschulen-Modernisierung**

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHEIDUNGSANTRAG:**

Das Lehrlingsparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die erforderlichen finanziellen Mittel für die Modernisierung der Berufsschulen in Österreich bereit zu stellen.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten **Marisa Platon**, Jakob Braunsteiner und Stefan Stern (TÜRKIS)
betreffend **regelmäßige Überprüfungen der Lehrkräfte in Berufsschulen**

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Lehrlingsparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, gesetzlich regelmäßige Überprüfungen der Lehrkräfte an Berufsschulen vorzusehen, um die Qualität der Ausbildung an Berufsschulen zu erhöhen. Zudem sollen Anreize und Förderungen für die Weiterbildung von Berufsschullehrern und Berufsschullehrerinnen geschaffen werden.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten **Alexandra Ebner**, Jakob Braunsteiner und Stefan Stern (TÜRKIS)
betreffend **Einrichtung einer Ombudsstelle bei der Arbeiterkammer**

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Lehrlingsparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine Ombudsstelle bei der Arbeiterkammer als zentrale Jugendvertretungsstelle insbesondere für Lehrlinge aus Kleinbetrieben einzurichten.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten **Alexander Reiter**, Aleksandar Zivkovic und Lukas Grill (WEISS)
betreffend **Teilnahme von Lehrlingen an Betriebsratswahlen**

In Anlehnung an das für Nationalrats-Wahlen vorgesehene Wahlalter soll auch in Bezug auf die Betriebsratswahlen vorgesehen werden, dass mit 16 gewählt werden kann.

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Lehrlingsparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die entsprechenden gesetzlichen Maßnahmen zu treffen, damit Lehrlinge ab dem vollendeten 16. Lebensjahr an Betriebsratswahlen teilnehmen können.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten **Cornelia Hackl**, Katrin Roither, Astrid Schönhofer, Elif Rana Kaya (VIOLETT)
betreffend **Förderung von Personen mit besonderen Bedürfnissen**

Auch Personen mit besonderen Bedürfnissen sollen die Möglichkeit haben, einen Beruf zu erlernen.

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Lehrlingsparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die gesetzlichen Rahmenbedingungen für eine betriebliche Ausbildung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen zu schaffen. Insbesondere sollen entsprechende Förderungsmaßnahmen in Bezug auf Lernmaterialien und Stützpersonen wie z.B. Dolmetscher vorgesehen werden.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten **Phillip Pak**, Thomas Eder und Daniel Glamm (VIOLETT)
betreffend **Jugendvertrauensrat**

Es ist wichtig, dass nicht nur Großunternehmen mit 200 – 300 Lehrlingen eine Anlaufstelle haben, an die sich die Lehrlinge mit ihren Problemen wenden können. Auch für Kleinbetriebe mit 3 oder 4 Lehrlingen soll es eine Stelle geben, bei der sich die Lehrlinge aussprechen können.

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Lehrlingsparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, in jedem Bundesland jeweils einen überbetrieblichen Jugendvertrauensrat einzurichten, der für Kleinbetriebe mit bis zu fünf Lehrlingen zuständig ist.



Donnerstag, 5. März 2015

**Sonja Zwazl, Bundesratspräsidentin****Doris Bures, Präsidentin des Nationalrats**

RESÜMEE DES LEHRLINGSPARLAMENTS

Uns persönlich hat das Lehrlingsparlament sehr gut gefallen. Wir konnten sehr viele neue Eindrücke sammeln. Als Reporterinnen hatten wir Einblick in jeden Klub, wobei wir erkennen konnten, dass es den meisten Lehrlingen hier gefallen hat, und sie sich gut einbringen konnten. Somit können wir das Lehrlingsparlament auch anderen Betrieben empfehlen.

Carina und Anja

DAS REPORTER_INNEN TEAM

Dieses tolle Team hat für euch recherchiert, gefilmt, interviewt und geschrieben!



Brandtner Philipp



Doppler Carina



Haderer Christina



Karlin Lorena



Koch Walter



Krammel Mario



Ramaj Adrijana



Reisinger Verena



Schnabel Anja



Sedlaczek Julia



Sikora David

